Bund überrascht mit Kehrtwende

Gewalt im Asylzentrum Lange redete das Staatssekretariat für Migration Gewaltvorwürfe in den Bundesasylzentren klein. Nun ordnet es eine externe Untersuchung an und suspendiert Personal.

Lukas Lampart und **Alessandra Paone**



Asylsuchende sollen Opfer von Provokationen und Schlägen durch Sicherheitsleute geworden sein. Foto: Alexandra Wey (Keystone)

Ende April teilte das Staatssekretariat für Migration (SEM) mit, dass gewalttätige und politisch motivierte Aktionen gegen Arbeitskräfte der Asylzentren und gegen die Einrichtungen in den letzten Jahren zugenommen hätten. Insbesondere in Basel hätten persönliche Angriffe anonymer Kreise gegen Personen, die im Bundesasylzentrum arbeiteten, ein neues und besorgniserregendes Ausmass angenommen. Die Gewaltvorfälle gegen Asylsuchende, die vor allem nach Recherchen des SRF-Politmagazins «Rundschau» und der «Wochenzeitung» im vergangenen Sommer thematisiert worden waren, wurden indes mit keinem Wort erwähnt.

Am Mittwoch, nur eine Woche später, wird bekannt, dass Staatssekretär Mario Gattiker Alt-Bundesrichter Niklaus Oberholzer damit beauftragt hat, den in den Medien erhobenen Gewaltvorwürfen nachzugehen. Die Untersuchung wurde bereits letzte Woche ausgelöst, wie SEM-Sprecher Reto Kormann dieser Zeitung bestätigt. Man kommuniziere aber erst jetzt, weil zuerst die Vereinbarung mit Oberholzer habe getroffen werden müssen. Kormann weist zudem darauf hin, dass das SEM bereits vor Wochen eine interne Überprüfung angeordnet habe. In diesem Zusammenhang wurden 14 Sicherheitsleute suspendiert, drei davon waren im Bundesasylzentrum Basel tätig.

SEM prüft Beschwerdestelle

Bisher hatte das SEM die Gewaltprobleme in den Asylzentren immer bestritten: «Bis jetzt hat man keine Hinweise gefunden, die auf übertriebene oder gar systematische Gewaltausübung hindeuten würden», hiess es etwa im vergangenen August auf Anfrage dieser Zeitung. Und nun die Kehrtwende. In einem vorab veröffentlichten SRF-Beitrag sagt Gattiker: «Hier liegt ein Mass vor, das mich veranlasst hat, eine externe Untersuchung anzuordnen.» Oberholzer soll analysieren, ob und welche Fehler gemacht wurden, und Vorschläge erarbeiten, wie diese korrigiert werden können.

Das SEM prüft ausserdem eine Beschwerdestelle für Asylsuchende und will hierfür externe Fachpersonen einbeziehen. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, unkorrektes Verhalten ausserhalb der SEM-Strukturen zu melden, heisst es im Communiqué. Damit kommt das SEM einer Forderung aus der Politik sowie der Schweizerischen Flüchtlingshilfe nach. Die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer hatte letztes Jahr ein Postulat eingereicht. In diesem verlangte sie eine unabhängige Ombudsstelle, die Asylsuchende bei Gewalt, Diskriminierung und anderweitig schwerwiegenden Problemen in den Asylunterkünften aufsuchen können.

Angst vor den Folgen

Die sich häufenden Vorfälle hätten gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf bestehe, sagt Brenzikofer. Betroffene Asylsuchende hätten zwar die Möglichkeit, Strafanzeige einzureichen. «Wir wissen aber, dass aus Angst vor Konsequenzen fast niemand diesen Weg geht», sagt sie. Deshalb freut sie sich über die eingeleiteten Schritte beim SEM.

Auch in dieser Frage scheint beim SEM ein Umdenken stattgefunden zu haben. Noch im August hielt die Behörde die Ombudsstelle für keine gute Idee. Schliesslich gebe es für Asylsuchende wie auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von Gewalt betroffen seien oder davon erfahren hätten, in jedem Bundesasylzentrum eine spezifisch designierte Ansprechperson.

In den von «Rundschau» und «Wochenzeitung» geschilderten Fällen ist von Provokationen und Schlägen durch Sicherheitspersonal die Rede. Dabei sollen auch Asylsuchende spitalreif verletzt worden sein. Auch habe das Sicherheitspersonal in mehreren Fällen Vorgänge in Rapporten verfälscht dargestellt. Das SEM bestätigt in seiner Mitteilung denn auch, dass Strafanzeigen eingereicht worden sind.

Bereits in der Vergangenheit wurde die Ausbildung der Sicherheitsleute infrage gestellt. Die adäquate Ausbildung der Sicherheitsdienstleistenden sei Sache der Dienstleistungserbringer – in diesem Fall Securitas und Protectas, sagt SEM-Sprecher Kormann. «Sollten die beiden Untersuchungen in diesem Bereich Handlungsbedarf andeuten, werden wir das selbstverständlich prüfen.» Zum jetzigen Zeitpunkt ist auch offen, ob die Zusammenarbeit mit den beiden Firmen weitergeführt wird. Solange die Untersuchungsberichte nicht vorliegen, will sich das SEM hierzu nicht äussern.

Securitas hält an ihrem Aus- und Weiterbildungskonzept fest, betont «deren Qualität und damit die Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter». Kommunikationsleiter Urs Stalder sagt: «Die Menschen im Einsatz, ihre Disziplin iertheit und ihr Können erlauben es erst, solch anspruchsvolle Dienstleistungen korrekt auszuführen.»

Amnesty kündigt Bericht an

Neben den Medien hatte auch Amnesty International das SEM mehrfach mit Gewaltvorfällen in den Bundesasylzentren konfrontiert. «Wir begrüssen die Untersuchung», sagt Sprecher Reto Rufer. «Aber sie hätten schon früher eingeleitet werden müssen.» Es brauche nun zusätzlich ein systematisches Monitoring, Vorkehrungen gegen Gewalt müssten erarbeitet und sämtliche Vorfälle untersucht werden. Amnesty wird demnächst einen eigenen Bericht zum Thema veröffentlichen.

Auch die Basler Regierung ist aktiv geworden, obwohl das Bundesasylzentrum Bundessache ist. Bei einem Treffen letzten Sommer zwischen Kantons- und SEM-Vertretungen habe der inzwischen zurückgetretene Regierungsrat Christoph Brutschin seine Besorgnis über die Gewaltvorwürfe geäussert und Unterstützung angeboten bei der Ausarbeitung eines Konzepts zur Gewaltprävention, sagt die Basler Asylkoordinatorin Renata Gäumann. Vorarbeiten dazu sind beim SEM schon länger im Gang; Basel-Stadt ist unterdessen in der Begleitgruppe eines Pilotprojekts vertreten.

600’000 Franken für eine verbotene Liebschaft

Asylheim-Affäre Reinach Ein Sex-Skandal hat vor vier Jahren das Baselbiet erschüttert. Nun sind endlich die entstandenen Kosten bekannt.

Am Anfang war der Sex. Eine Betreuerin eines Asylheims in Reinach hatte vor mehr als vier Jahren eine Liebschaft mit einem minderjährigen unbegleiteten Asylsuchenden. Dieses unangebrachte Techtelmechtel sollte die Staatsanwaltschaft später auch bestätigen. Doch zunächst gingen leitende Angestellte bis hinauf zum damaligen Gemeindepräsidenten gegen jene Asylheimmitarbeiterin vor, die pflichtbewusst diesen und weitere Missstände rapportiert hatte.

Der Gemeindepräsident, der schliesslich zurückgetreten ist, versuchte, seine ganze Macht auszuspielen, um den Skandal unter dem Deckel zu behalten. Die Mitarbeiterin, die die Missstände gemeldet hatte, wurde zum Problem erklärt und, wie unzählige Protokolle damals belegten, mit Personalmassnahmen regelrecht gemobbt.

Doch selbst jetzt sind die genauen Kosten nicht ganz transparent.

Als diese Zeitung die Protokolle des Mobbings schliesslich veröffentlichte, wurde der Umgang des Gemeinderats mit der Sex-Affäre der weitaus grössere Skandal, an dessen Ende der Rücktritt des damals hoch angesehenen SP-Gemeindepräsidenten stand. Die gemobbte Mitarbeiterin, die zwischenzeitlich freigestellt wurde, durfte schliesslich an den Arbeitsplatz zurückkehren.

Ausser Spesen nix gewesen

Nun also, und nur durch eine schier unermüdliche Hartnäckigkeit der Einwohnerrätin Katrin Joos Reimer (Grüne), liegen die Kosten dieser Affäre auf dem Tisch: über 600’000 Franken.

Die Wut, die die Reinacher SVP in einer ihrer seltenen Medienmitteilungen zum Ausdruck bringt, ist absolut berechtigt: Die Gemeinde steht vor einem schmerzhaften Sparpaket – 600’000 Franken sind für eine Kommune sehr hohe Kosten, für die nun die Bevölkerung mit Leistungskürzungen bezahlen muss.

Skandalös ist, dass die Bevölkerung ohne engagierte Politikerinnen wie Joos wohl nie erfahren hätte, was ihr der damalige Gemeinderat eingebrockt hat. Doch selbst jetzt sind die genauen Kosten aus Gründen des Datenschutzes nicht ganz transparent. Da wären juristische Kosten von über 105’000 Franken. Darin enthalten sind etwa Anwaltskosten, weil der damalige Gemeindepräsident auf Staatskosten gegen die «Basler Zeitung» und den Autor losging. Die Anwaltskosten der gemobbten Mitarbeiterin übernahm die Gemeinde, nachdem das Lokalparlament den Auftrag dazu erteilt hatte.

Aufträge an externe Berater sowie eine gemeinderätliche Untersuchung kosteten nochmals weit über 100’000 Franken. Hinzu kommen dann noch 370’000 Franken für Personalaufwand. Kurzum: Ausser Spesen nichts gewesen.

Hätten die Vorgesetzten und der Gemeindepräsident auf die gemeldeten Missstände mit gesundem Menschenverstand reagiert, hätte es wohl nie einen Skandal gegeben.

Noch immer im Amt

Und jetzt? Was solls? Der oberste Verantwortliche ist zurückgetreten, da kann die SVP heute noch so viel Schaum vor dem Mund haben, die Angelegenheit ist schon lange vorbei, oder? Nein, denn es kann nicht sein, dass derart hohe Kosten für die Einwohner der Gemeinde schmerzhafte Einschnitte verursachen, für jene aber ohne Konsequenzen bleibt, die dafür verantwortlich sind.

Und da wären wir bei der Vizegemeindepräsidentin Béatrix von Sury, die als renommierte CVP-Landrätin eine wichtige Stimme im Kanton ist. Sie war damals die rechte Hand des Gemeindepräsidenten. Sie leitete eine denkwürdige Pressekonferenz, an der die Bevölkerung mit Falschinformationen gefüttert und die pflichtbewusste Asylheimmitarbeiterin öffentlich diffamiert wurde. Sie wollte sich nach dem Rücktritt das Präsidium schnappen und die Untersuchung der Asylheim-Affäre behindern.

Und von Sury hat bis heute ihre besoldeten Ämter inne, als wäre nichts gewesen, als hätte sie der Gemeinde nicht massiv geschadet. Unnötige Kosten aber von über 600’000 Franken sind ein deutliches Zeichen.

Joël Hoffmann